Diakonie Deutschland

Demokratiebildung in diakonischen Strukturen

Demokratie verteidigen

Viele sind sich einig: Ein demokratisches Miteinander steht in Deutschland vielerorts unter Druck. Die Gesellschaft polarisiert sich zunehmend, der Umgangston wird schärfer.

Je komplexer Probleme und Aufgaben für einen sozialen Zusammenhalt werden, desto größer ist die Neigung, sich scheinbar einfachen Lösungen anzuschließen. Eine neue rechtspopulistische gesellschaftliche Kraft mit fremdenfeindlichen Positionen ist dabei sich zu etablieren. Diese scheint t teilweise Merkmale einer sozialen Bewegung aufzuweisen auf mit einem breiten Spektrum an Akteuren und Aktionsformen ohne zentrale Steuerung. Viele der Anhänger*innen dieser gesellschaftlichen Kraft stellen sogar die Demokratie in Frage und delegitimieren systematisch demokratische Akteure. Die Kritik an modernen Familien- und Geschlechterbildern ist unter Schlagworten wie „Genderideologie“ oder „Genderwahn“ zu einem der zentralen Themen dieser rechtspopulistischen Strömung geworden.

Die Diakonie nimmt wahr, dass Ausgrenzung bis hin zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sich neben Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte auch von Armut oder Wohnungslosigkeit Betroffene, Menschen mit Behinderung, Langzeitarbeitslose sowie queere Menschen bezieht. Zunehmend wird der Versuch unternommen, die in unterschiedlicher Weise auf gesellschaftliche Solidarität angewiesenen Menschen gegeneinander auszuspielen.

Diese Entwicklungen machen auch vor den Einrichtungen von Diakonie und Kirche nicht halt. Mitarbeitende von Einrichtungen und Institutionen geraten unter Druck und sind zunehmend Beschimpfungen oder Bedrohungen im beruflichen wie privaten Umfeld ausgesetzt, wenn sie sich für Integration, Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe engagieren. Diskriminierung und Ausgrenzung betreffen auch Einrichtungen der Frühpädagogik. Pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen werden zunehmend mit menschenfeindlichen Äußerungen und Vorurteilen konfrontiert. Sie stehen vor der Herausforderung zu entscheiden, wie sie mit Kolleg*innen, Kindern und deren Eltern und anderen Familienangehörigen umgehen, die sich diskriminierend äußern. Was tun, damit alle Kinder sich in der Kita wohlfühlen können und respektiert werden? Wo sind Grenzen für die Fachkräfte und ihre Einrichtungen? Wo sind deutlicher Widerspruch und Grenzziehung erforderlich? Wie können die Schwächsten geschützt werden?

Für Mitarbeitende und Leitungen von diakonischen und kirchlichen Einrichtungen aller Arbeitsfelder stellen sich neue Herausforderungen: Der Umgang mit Vertreter*innen rechtspopulistischer Positionen bei Veranstaltungen, bei parlamentarischen Abenden, bei Podiumsdiskussionen und auch im Arbeitsalltag muss gelernt und geübt werden. Strategien für den Umgang mit Anti-Gender-Positionen

und der Abwertung sexueller Vielfalt sollten gefunden werden. Akzeptanz und Interesse für Menschen aus anderen Kulturkreisen mit fremden Sprachen muss geschaffen werden.

Vor diesem Hintergrund erscheint es mehr denn je notwendig, die gezielte Prävention und Bekämpfung diskriminierender Haltungen mit Aktivitäten zur Demokratieförderung und Teilhabe, sowie der Gestaltung einer offenen, vielfältigen und inklusiven Gesellschaft zu verbinden.

Förderung von demokratischer Bildung und Toleranz in Diakonie und Kirche

Die Demokratie besteht nicht nur aus Verfassung, Parlamenten und Wahlen. Sie ist eine Gesellschaftsform, in der sich Menschen organisieren und ihr Miteinander gestalten. Es ist eine Vereinbarung sich zu engagieren und ein Versprechen, sich einbringen zu können. Bürger*innen sollten die Möglichkeit haben, politische und soziale Probleme entsprechend ihrer Möglichkeiten, Bedürfnisse und Interessen eigenverantwortlich oder mit staatlichen Stellen zu lösen. Demokratie besteht aus Diskurs und Kritik, sie bietet Gestaltungsmöglichkeiten und Beteiligung. Nur wenn Demokratie als Gesellschafts- und Lebensform erfahrbar wird, wird sie als Herrschaftsform von allen mitgetragen und zukunftsfähig. Eine demokratische Gesellschaft im Kleinen (z.B. in diakonischen und kirchlichen Einrichtungen, wo Demokratie als Lebensform stattfinden sollte) und im Großen (in Deutschland als Gesellschafts- und Herrschaftsform) besteht nicht einfach selbstverständlich, sondern muss kontinuierlich gestärkt und weiterentwickelt werden. Das Handeln und Denken in einer demokratischen Gesellschaft erfordert Kompetenzen, die schon von Kindesbeinen an erlernt und erprobt werden sollten. So kann Demokratie ein überzeugender Lebensentwurf werden und ihre Gegner haben keine Chance.

Diakonie und Kirche sind in einer guten Position, die Handlungskompetenzen ihrer Mitarbeitenden in Bezug auf Extremismus, Ausgrenzung und Diskriminierung sowie das Eintreten für ein demokratisches Miteinander zu stärken: Erstens bietet die christliche Botschaft, die Grundlage, sich kritisch mit menschenfeindlichen Handlungen zu beschäftigen und für Demokratie einzutreten. Denn das Gebot der Nächstenliebe ist eindeutig: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst!“ Hier ist kein Spielraum für die Diskriminierung und Verfolgung von Menschen. Ebenfalls sehr bekannt ist folgende Stelle aus dem 2. Buch Mose: „Die Fremdlinge sollst du nicht bedrängen und bedrücken; denn ihr seid auch Fremdlinge in Ägyptenland gewesen.“ (2. Mose 20, 22) Die Botschaft ist glasklar: Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Ideologien der Ungleichwertigkeit sind nicht vereinbar mit dem christlichen Menschenbild.

Zweitens sind diakonische und kirchliche Einrichtungen flächendeckend und in großer Vielzahl vorhanden und stehen allen Menschen offen. Sie haben deswegen eine besondere Nähe zu den Menschen. Ihre Strukturen bieten ein funktionierendes Netzwerk, um auch Bildungsferne, wenig politisch Interessierte oder Menschen, die sich ohnmächtig fühlen, mit Bildungsangeboten zu erreichen. In strukturschwachen ländlichen Gegenden ballen sich begünstigende Faktoren für extremistische und menschenfeindliche Positionen, denn Arbeits-und Perspektivlosigkeit, Abwanderung und Überalterung sowie fehlende Infrastruktur führen zu einem Gefühl vernachlässigt zu werden und zu Abstiegsängsten. Oft gibt es in diesen Gebieten nur wenige Akteure, die sich für Demokratie einsetzen können. Hier ist die Zivilgesellschaft vielerorts eher schwach ausgeprägt und ein Vereinsleben findet selten statt. In einer solchen Situation sind die Kirchen sowie die Wohlfahrts- und Sportverbände oft die einzigen Institutionen, die Menschen gezielt ansprechen können, sich für ein vielfältiges Miteinander zu engagieren. Ihnen kommt deshalb eine besondere Verantwortung zu.

Die Einrichtungen der Diakonie verfügen über vielfältige Ressourcen, um diesem Engagement einen Raum zu bieten. Dies sind die Kindertageseinrichtungen, die die Möglichkeit haben, schon mit ganz jungen Kindern, demokratisches Handeln zu üben. Aber es können auch die sozialpädagogischen

Familienhelfer*innen sein, die Familien Beratungsangebote machen oder die Jugendsozialarbeit mit ihrer Unterstützung, Freizeit mit Jugendlichen zu gestalten und ein demokratisches und offenes Miteinander zu leben. Ebenso können Seniorenheime, Begegnungscafes, Sozialstationen, die Bahnhofsmission oder viele andere kirchlich-diakonische Angebote Orte des Eintretens für Menschenwürde und respektvolles Miteinander sein. Es geht dabei nicht darum, nur den Handlungsbedarf bei anderen zu definieren, sondern auch selbstkritisch in die eigenen Reihen zu blicken. Denn auch die eignen Mitarbeitenden lassen oft menschenfeindliche Positionen erkennen, äußern sich diskriminierend oder grenzen andere aus. Haltungen, die auf Ideologien der Ungleichheit beruhen, finden sich eben auch bei Menschen, die sich in der gesellschaftlichen Mitte verorten und so auch bei Mitarbeitenden von Kirche und Diakonie. Demokratieförderung wird vor diesem Hintergrund als Demokratiebildung verstanden, welche die Förderung von Akzeptanz und einem menschenfreundlichen Umgang und Umfeld zum Ziel hat. Demokratiebildung will alltagsnah und mit großem Praxisbezug Kompetenzen vermitteln. Die Menschen werden in die Lage versetzt, im eigenen Umfeld vorurteilsbewusst und partizipativ zu handeln, bestehende Machtungleichgewichte zu analysieren, sich ein kritisch-reflektiertes Urteil zu bilden, selbst aktiv für Vielfalt, Toleranz und Menschenwürde einzutreten sowie Rassismus, Diskriminierung und Rechtsextremismus keinen Raum zu geben.

Dies sollte eine Querschnittsaufgabe kirchlich-diakonischen Handelns sein.

Demokratiebildung mit Kleinen und Großen

Ausgehend von der Überzeugung, dass vorurteilsbewusstes demokratisches Handeln bereits im Kindesalter gelernt wird und erworbene Kompetenzen nur durch stetiges Üben handlungsleitend werden kann, setzt sich die Diakonie Deutschland, verstärkt für Demokratiebildung von Mitarbeitenden in kirchlich-diakonischen Einrichtungen ein. Beide Projekte werden durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert. In Fort und Weiterbildungsprogrammen werden Haupt- und Ehrenamtliche, pädagogische Fachkräfte, Sozialarbeiter*innen, Fachberatungsmitarbeiter*innen u.a. zur Demokratieförderung und im Umgang mit ausgrenzenden Tendenzen, Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit geschult. Sie erhalten Handwerkszeug, um sprechfähig zu werden und sich klar für demokratische Werte zu positionieren.

Bild 1. Mitarbeitende diskutieren Ansätze der Demokratieförderung

Projekt 1. Kinder sind die Demokrat*innen von morgen

Kinder haben das Recht, selbstbestimmt zu handeln und sich an den Entscheidungen zu beteiligen, die sie betreffen. Mitbestimmung als ein wichtiger Aspekt demokratischen Handelns ist in der Kindertagesbetreuung daher Selbstzweck. Der Erfolg von Strukturen, die sie ermöglichen, ist am Grad der Beteiligung zu messen. Kindertageseinrichtungen bieten Qualität, wenn sie partizipativ und vorurteilsbewusst aufgestellt sind. Darüber hinaus gilt: Wer in einem Umfeld aufwächst, in dem

- Vielfalt bejaht wird,
- Selbstwirksamkeit erfahrbar ist,
- Empathie geübt wird,
- bei Interessenkonflikten friedlich Lösungen gesucht werden,
- Ungerechtigkeiten auch von denen abgebaut werden, die nicht darunter leiden, und
- sich auch die an legitime Beschlüsse binden, die nichts von ihnen haben,

kann sich mit den zugrunde liegenden Werten in die Gesellschaft und das politische System einbringen (Bundesjugendkuratorium 2017). Deswegen richtet sich die Arbeit des Projektes „Was heißt hier eigentlich Demokratie? Demokratieerziehung als originärer Auftrag der frühkindlichen Bildung“ an pädagogische Fachkräfte in der Kindertagesbetreuung. Es will einen Beitrag dazu leisten, Kindern demokratiebezogene Handlungskompetenzen zu vermitteln.

Demokratiebildung mit Kindern basiert auf dem Wissen um demokratische Werte und Strukturen, den zur Anwendung des Wissens notwendigen Fertigkeiten und der Förderung des persönlichen Engagements durch den Einzelnen/die Einzelne. Im Alltag einer Kindertageseinrichtung ist es selbstverständlich, dass Kinder die Frage verhandeln, wie weit die Rechte jeder/s Einzelnen reichen und was zu tun ist, wenn das Recht des anderen beeinträchtigt ist. Demokratisches Handeln wird geübt. Im gesamten Tagesablauf können Kinder Erfahrungen von gelebter Demokratie machen, wenn sie partizipieren dürfen. Dass Kinder Demokratie (er)leben können, müssen Erwachsene möglich machen und ihre eigene Macht dazu teilen. Damit keiner in der Gruppe der Kinder ausgegrenzt wird, sind gegenseitige Wertschätzung und eine beteiligungsorientierte Haltung unbedingte Vorrausetzung.

Beteiligung von Anfang an

Partizipation ist ein Kinderrecht. Bereits mit ihrer Geburt sind Kinder Träger von Rechten, und zwar nicht nur von Förder- und Schutzrechten, sondern auch von Beteiligungsrechten (UN-Kinderrechtskonvention). Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII § 8) legt fest, dass Kinder ihrem Entwicklungsstand entsprechend an Entscheidungen zu beteiligen sind.

Partizipation ist keine Methode und kein Programm, sondern eine Frage der Einstellung. Erwachsene sind gefragt, von ihrer Entscheidungsmacht Teile an Kinder abzugeben. Sie überlegen untereinander und auch mit Kindern, in welchen Entscheidungsbereichen des alltäglichen Miteinanders, Teile an Kinder gegeben werden können und wo im Sinne von Fürsorge und Aufsicht Grenzen der kindlichen Entscheidungsfreiheit sind. Ansätze vorurteilsbewusster Bildung helfen den Erwachsenen, Macht abzugeben und wertschätzend mit allen umzugehen.

Beteiligung von Kindern in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege bedeutet: Kinder entscheiden mit, wie der Alltag ausgestaltet wird, der sie betrifft. Dabei hilft, dass Kinder sich von Anfang an beteiligen wollen. Sie möchten sich engagieren, und vor allem wollen sie Dinge selbstständig ausprobieren. Die Bildungspläne der Länder versuchen, auf unterschiedliche Weise, dies umzusetzen. Einige Bundesländer begreifen Kindertageseinrichtungen als Lernfeld für politische Bildung und

Demokratie, in denen Beteiligungsrechte für Kinder sogar strukturell (z. B. in Kita-Verfassungen) verankert sind.

Demokratiebildung im Spannungsfeld Kindertageseinrichtung und Familien

Kinder können Demokratie als Lebensform und eine positive Haltung zum demokratischen Gemeinwesen dann am leichtesten als Normalität erfahren, wenn sie auch außerhalb von Kindertageseinrichtungen Demokratiebildung erleben. Familien tragen nach wie vor die Hauptverantwortung für die Erziehung der Kinder, auch wenn die Betreuungsquoten sich verbessern und die Aufenthaltsdauer in der Kindertagesbetreuung sich verlängert. Familien sollten daher über den dort verfolgten Ansatz informiert sein. Im Idealfall ist Demokratiebildung in die Erziehungspartnerschaft eingebettet und sind die Familien in Initiativen zur Demokratiebildung von Anfang an einbezogen.

Auch in der Familie können Kinder erleben, dass sie Entscheidungen beeinflussen, von denen sie betroffen sein werden; auch dort können sie einüben, sich gewaltlos auf die Suche nach Kompromissen in Interessenkonflikten zu machen – oder eben nicht. Autoritäre Erziehungsstile zu Hause können den beteiligungsorientierten Alltag in der Kindertagesbetreuung daher in Frage stellen. Denn auch, wenn Kinder grundsätzlich schnell in der Lage sind, mit unterschiedlichen Regeln an verschiedenen Lebensorten kompetent umzugehen, lebt Demokratiebildung doch letztlich von einer Vielzahl handlungskompetenter Vorbilder.

Wie in allen anderen relevanten Fragen sind Familienkulturen in hohem Maß individuell. Mit Blick auf Demokratiebildung ist ein breites Spektrum denkbar, auf dem viele Ansichten nicht von vornherein mit Demokratie als Lebensform kompatibel sind. So können Familien dieser etwa indifferent gegenüberstehen, bisher wenig Erfahrung mit Teilhabe gemacht haben, das Kinderrecht auf Beteiligung zugunsten von Gehorsam und Disziplin ablehnen oder gar selbst die Abwertung einzelner Kinder und ihrer Familie betreiben (Institut für den Situationsansatz / Fachstelle Kinderwelten 2016). Im Sinne des Kinderrechts sollten pädagogische Fachkräfte und Kindertagespflegepersonen die Familien daher nicht nur in die (Weiter-) entwicklung des Teilhabekonzepts einbinden, sondern auch auf Möglichkeiten aufmerksam machen, Demokratiebildung im Familienalltag fortzusetzen, und dafür werben. Im Bedarfsfall muss deutlich gemacht werden, dass die vorurteilsbewusste Gleichberechtigung der Kinder in der Einrichtung oder Kindertagespflegestelle außer Frage steht und anderweitige Äußerungen keinesfalls hingenommen werden. Kindertagesbetreuung kann so sozialräumlich gerade denjenigen Familien Orientierung bieten, die bisher wenig Gelegenheit hatten, eine demokratische Familienkultur auszubilden (s. Brinkmann et all. 2018)

Bild 2. Ausstellung „Ich-Puppen und Familien in der Kiste“, 10.12.2018 Hannover

(Bilder Felix J. Holland)

Evangelische Fachberatungen als Demokratiebildner*innen

Pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen sind in der Regel mit einer Reihe von Themen belastetet bis überlastet. Das bringt die Frage mit sich, wie sie für Demokratiebildungsprozesse in ihren Einrichtungen motiviert werden können. Im Frühpädagogischen Arbeitsfeld sind Fort-und Weiterbildungen nicht Teil der regulären Arbeitszeit. Weiterhin sind pädagogischen Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen nicht verpflichtet (wie z.B. Lehrer*innen) regelmäßig nachzuweisen, dass sie fachlich auf dem aktuellen Stand sind. Insofern sind zeitliche und finanzielle Ressourcen Verhandlungssache zwischen Trägern und Einrichtung. Hier setzt die Diakonie Deutschland mit ihrem Projekt an. Es bietet zusätzliche Ressourcen, um Demokratiebildung in Kindertageseinrichtungen zu stärken. So kann Demokratiebildung leichter in Einrichtungen priorisiert werden. Fachberatungen als die Schnittstelle zwischen Einrichtung, Träger, Wissenschaft und Politik kommt dabei eine besondere Rolle zu. Fachberatungen können pädagogische Fach-und Leistungskräfte unterstützen, ihre Einrichtungen demokratisch und vorurteilsbewusst zu gestalten und Beteiligung im Alltag umzusetzen.

Die Diakonie Deutschland arbeitet mit Fachberatungen der evangelischen Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder e.V. (BETA), zusammen. Diese Fachberatungen verfügen bereits über weitrechende Expertise im Bereich Demokratiebildung. Die grundlegende Projektidee ist, diese vorhandene Expertise dorthin zutragen, wo sie gebraucht wird. Dazu werden Austauschräume für pädagogische Fachkräfte angeboten, z.B. Fachtage, Schulungen und Workshops. Dort kommen pädagogische Fachkräfte mit Fachberatungen zusammen und teilen ihre Erfahrungen und Kenntnisse.

Mit Hilfe des Projekts werden diese Veranstaltungen passgenau und bedarfsgerecht konzipiert, organisiert und durchgeführt. Sie sind ein Instrument, um Demokratiebildungskompetenzen bei pädagogischen Fachkräften zu stärken.

Von besonderem Interesse ist der Themenaspekt „vorurteilsbewusste Bildung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, denn pädagogische Fachkräfte sehen zunehmend mit menschenfeindlichen Äußerungen und Vorurteilen konfrontiert und wünschen sich Argumentationshilfen und Handlungssicherheit im Umgang damit. Weiterhin sehen sie sich in der Verantwortung mit gutem Beispiel voranzugehen. Denn gerade in Kindertageseinrichtungen kommen verschiedene Nationen, Kulturen, sozialen Milieus, Altersgruppen, Menschen mit und ohne Behinderung sowie Menschen mit unterschiedlichen Geschlechtsidentitäten zusammen. Kindertageseinrichtungen sind eine Gesellschaft im Kleinen. Wenn die Einrichtungen gekennzeichnet sind von gegenseitiger Unterstützung und sozialem Zusammenhalt trotz aller Unterschiede, kann das auch über die Einrichtung hinaus für die Akzeptanz gesellschaftlicher Vielfalt werben.

Um Demokratiebildungsprozesse in Kindertageeinrichtungen zu fördern, werden verschiedene Arbeitsmaterialen im Projekt gemeinsam mit Fachberatungen erarbeitet:

- Eine Broschüre zum Thema Demokratiebildung aus evangelischer Perspektive soll ein Instrument sein, um Demokratiebildung im frühpädagogischen Arbeitsfeld ins Gespräch zu bringen, dafür zu motivieren und als Ansatz in den Einrichtungen zu stärken;
- Die Inhalte dieser Broschüre werden ausgearbeitet und in Schulungen münden. Diese Schulungen richten sich gezielt an Fachberatungen.
- Außerdem wird filmisches didaktisches Material entwickelt, das nicht nur bei den Schulungen zum Einsatz kommt, sondern auch anderen Fachberatungen und Einrichtungen zur Verfügung gestellt wird.
- Ein sechssprachiges Poster mit begleitendem Flyer, auf dem fünf Partizipationsstufen erklärt werden, wird Fachkräften als Werkzeug dienen. Sie können es nutzen, um über Partizipation, was es in ihrer Kita bedeutet und wie sie dort gelebt wird, zu sprechen.

Bild 3. Poster Kinderechte Stärken-Stufen der Partizipation in Kita

Projekt 2. Diskriminierungsfreies und demokratisches Miteinander im Arbeitsalltag leben

Das zweite Projekt: „Vielfalt gestalten - Ausgrenzung widerstehen“ richtet sein Demokratiebildungsangebot an Mitarbeitende und Leitungskräfte aus den anderen diakonischen Arbeitsfeldern neben der Frühpädagogik. Ziel dieser Bildungsmaßnahmen ist, die Demokratieförderung, die vertiefte Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie die Potenziale und Herausforderungen zunehmender Diversität für soziale Organisationen in der diakonischen Fortbildungsarbeit regelhaft zu etablieren. Mitarbeitende werden qualifiziert, einen diskriminierungsfreien Umgang mit gesellschaftlicher Diversität in ihren Einrichtungen und darüber hinaus zu verfolgen und demokratische Aushandlungsprozesse zu stärken. Ihnen wird eine Rolle als Multiplikator*innen zugedacht, die Gelerntes wiederrum an Kolleg*innen weitergeben und in Ihrem Arbeitsalltag anwenden.

Um Demokratiebildungsprozesse in anderen diakonischen Einrichtungen neben denen der Frühpädagogik zu stärken, werden verschiedene Fortbildungsformate im Rahmen des Projektes angeboten:

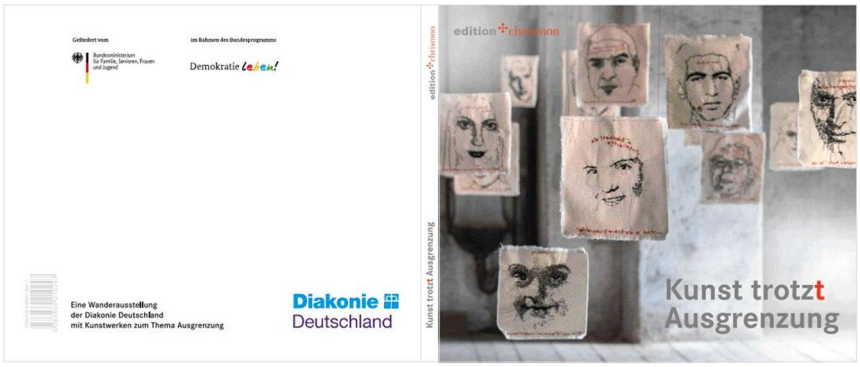
- Eine mehrteilige Multiplikator*innen-Weiterbildung „Aktiv werden! Für Demokratie – gegen Ausgrenzung“, die. gemeinsam mit der Bundesakademie für Kirche und Diakonie (bakd) umgesetzt wird
- Zwei Webinare, in denen sich die Teilnehmenden mit der Unterstützung von Fachreferent*innen interaktiv mit dem Umgang mit Hate Speech im Netz sowie umkämpften Familien- und Geschlechterbildern und dem Eintreten für gesellschaftliche Vielfalt auseinandersetzen, Argumentationstechniken erproben und Handlungsmöglichkeiten diskutieren können.
- Kurzformatige In-House Seminare für Leitungskräfte, in denen es eher um strategische Fragen des Umgangs mit Rechtspopulismus auf Verbands oder Einrichtungsebene geht.

Mitarbeitende als Multiplikator*innen für Vielfalt und Demokratie

Multiplikator*innen haben vielfältige berufliche Hintergründe und sind mit ebenso vielfältigen Aktivitäten und Vorhaben beschäftigt: Wenn sie menschenfeindliche Einstellungen, Ausgrenzung und Diskriminierung wahrnehmen, gehen sie in den Dialog. Dabei beiziehen sie deutlich Position für Demokratie und Akzeptanz gesellschaftlicher Vielfalt und leben diese Haltung vor. Außerdem gestalten sie für die Gremien, an denen sie beteiligt sind, Veranstaltungen, um weiter zu sensibilisieren, aufzuklären und zu qualifizieren. Die Multiplikator*innen engagieren sich auch im Team selbst und reflektieren, wie das Team miteinander umgeht, wie Kolleg*innen Konflikte lösen, welche Wünsche nach Beteiligung es gibt und wie sich dafür in den Einrichtungen Raum schaffen lässt.

Ein konkretes Beispiel für Demokratiebildung in der breiten Öffentlichkeit ist die Wanderausstellung „Kunst trotz(t) Ausgrenzung“, welche den Besucher*innen eine ästhetische Auseinandersetzung verschiedenen Formen und Strukturen der Ausgrenzung ermöglicht und über ein buntes Begleitprogramm versucht, niedrigschwellige Angebote im Bereich Demokratieförderung zu machen. Das Rahmenprogramm umfasst Diskussionsveranstaltungen, Workshops, Konzerten, Lesungen oder anderen lokal angebundenen Aktivitäten. Es wird organisiert und durchgeführt von diakonischen und kirchlichen Trägern und Einrichtungen sowie anderen zivilgesellschaftlichen Partner*innen vor Ort.

Bild 4. Ausstellungskatalog



Die Ausstellung zeigt Exponate zum Thema Ausgrenzung auf beeindruckende und berührenden Art und Weise. Künstler*innen, die sich ganz unterschiedlich sozial und kulturell verorten, laden mit ihren Werken dazu ein, neue Perspektiven auf eine Gesellschaft der Vielfalt zu gewinnen und einen eigenen Standpunkt in einer zentralen politischen Debatte zu finden. Die Wanderausstellung ist in 2018 und 2019 an insgesamt sechs verschiedenen Standorten zu sehen.

Netzwerke und Demokratiekoffer zur Demokratiebildung

Mitarbeitende von Kindertagesstätten und anderen kirchlich-diakonischen gehen mit den Einrichtungen in ihren Gemeinden als gutes Beispiel voran, wenn sie partizipativ und vielfaltsorientiert arbeiten (s.o.). Ebenso können Multiplikator*innen nicht nur in ihrem eigenen Arbeitsumfeld wirken, sondern auch auf den weiteren Sozialraum Einfluss nehmen. Dabei geht es darum, vorurteilsbewusstes und demokratisches Handeln mit dem eigenen Lebensraum in Verbindung zu bringen und so über das Arbeitsfeld hinaus gesellschaftliche Entwicklungsprozesse mitzugestalten. Um diese Prozesse zu unterstützen wird als leicht und flexibel einsetzbares Instrument zur Moderation von Gruppen ein sogenannter "Demokratiekoffer“ entwickelt. Mit ihm kann jeder und jede Netzwerkveranstaltungen in Nachbarschaften und Quartieren durchführen. Hierfür werden auch zwei Kurzfilme produziert, welche die aktuelle gesellschaftliche Lage beschreiben und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.

Multiplikator*innen können Netzwerkveranstaltungen mit Partner*innen aus Kirchengemeinden, anderen religiösen Gemeinschaften, Politik, Kommune, Kultur und Sport in ihren Nachbarschaften und Quartieren durchführen. So werden Diskussionen zu Demokratie, Antidiskriminierung und Zivilcourage angeregt. Netzwerke vor Ort werden gebildet und gestärkt, um miteinander Aktivitäten für ein inklusives Gemeinwesen zu entwickeln. Es findet Demokratiebildung nicht nur im Sinne von Kompetenzaufbau statt. Vielmehr bedeutet ein Netzwerk im Idealfall eine demokratische Institution, die sich selber organisiert und verwaltet und als wichtiges Organ der Zivilgesellschaft, Interessen vertreten und verhandeln kann.

Quellen

Bundesjugendkuratorium (2017): Demokratie braucht alle. Thesenpapier
https://www.bundesjugendkuratorium.de/assets/pdf/press/BJK_Thesenpapier_Demokratie.pdf

Brinkmann et all. (2018): Frühe politische Bildung. Beteiligung von Kindern in der Kindertagesbetreuung. In unsere jugend, S.328-335. 7+8/2018

Kontakt

Meike Geppert
Christina Wüstefeld
Diakonie Deutschland
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.
Zentrum Engagement Demokratie und Zivilgesellschaft
Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin
meike.geppert@diakonie.de
christina.wuestefeld@diakonie.de
www.diakonie.de

Gefördert vom
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie leben!